



19.04.2018

## „Tag der Bauwirtschaft 2018“

„Die Bauwirtschaft ist für das Baujahr 2018 in Rheinland-Pfalz zuversichtlich gestimmt und erwartet ein Umsatzwachstum von insgesamt vier Prozent. Der Wohnungsbau wird umsatzmäßig voraussichtlich um 3,5 Prozent zulegen, beim Wirtschaftsbau und beim öffentlichen Bau erscheint jeweils eine Umsatzsteigerung von vier Prozent realistisch.“

Dies erklärte Frank Dupré, Präsident des Verbandes Bauwirtschaft Rheinland-Pfalz beim „Tag der Bauwirtschaft Rheinland-Pfalz“ am 19. April in Mainz.

Die größte Bausparte, der Wohnungsbau, werde sich auch im laufenden Jahr zu einer starken Stütze der Baukonjunktur entwickeln. Die Zahl der fertiggestellten Wohnungen dürfte bundesweit auf etwa 320.000 Einheiten steigen. Dies bedeute zwar eine Verdoppelung des Fertigstellungsniveaus gegenüber 2010, reiche aber nicht an den Bedarf von 400.000 Wohneinheiten heran.

Dupré begrüßte das im Koalitionsvertrag enthaltene Maßnahmenpaket für eine neue Wohnraumoffensive. Mit neuen steuerlichen Anreizen, der Einführung des Baukindergeldes, einer weiteren Förderung des sozialen Wohnungsbaus und Maßnahmen zur verstärkten Bereitstellung von Bauland könne die Zielsetzung der Bundesregierung, in dieser Legislaturperiode 1,5 Millionen Wohnungen neu zu bauen, erreicht werden. Hier seien zentrale Forderungen der Bauwirtschaft im Koalitionsvertrag verankert worden.

In Bezug auf den Ausbau der Infrastruktur zeigte sich Verbandspräsident Dupré zufrieden, dass der Bund den 2016 begonnenen Investitionshochlauf fortsetzen und eine Verstärkung der Mittel für die Verkehrsinvestitionen mindestens auf heutigem Niveau herbeiführen will. Dies bedeute, dass 2018 Investitionsmittel von 14 bis 15 Mrd. Euro zur Verfügung stünden. Mit dieser Größenordnung werde einer langjährigen Forderung der Bauwirtschaft Rechnung getragen.

Es bestehe in Rheinland-Pfalz jedoch die Besorgnis, ob die im laufenden Jahr für die Bundesstraßen vorhandenen Mittel komplett verbaut werden können. In den beiden vorangegangenen Jahren habe Rheinland-Pfalz zugewiesene Bundesmittel an den Bund zurückgeben müssen. Die Straßenbauverwaltung des Landes müsse ihre Anstrengungen intensivieren, den vorhandenen Personalengpass zu entschärfen.

Auf ein wichtiges Problem der Bauwirtschaft wies Dupré hin: „Die bauausführenden Betriebe in Rheinland-Pfalz brauchen mehr Deponieraum. Der Deponieengpass führt zu Baukostensteigerungen, die zulasten der Häuslebauer und der öffentlichen Hand gehen. Im Verbund von Land, Kreisen und Kommunen muss nach Lösungen gesucht werden.“